

Franz Segbers

## Hartzreformen – wer hat gesiegt?

„Es gibt keine Gerechtigkeit“, stellte die „Welt“ am 29. Juni 2004 klar und gab den Gewerkschaften den Rat: „Der Markt wird am Ende der Sieger sein.“ Am Tag darauf einigte sich die informelle große Koalition aus Regierung und Opposition im Vermittlungsausschuss über die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, genannt Hartz IV. Wieder einen Tag später gab der gerade vereidigte Bundespräsident Horst Köhler in seiner ersten Rede die Losung aus: „Der Sozialstaat hat sich übernommen.“ Diese Mahnung verband er mit einem Hinweis auf solch vorbildliche Ideen wie jene der Berliner Stadtmission. Diese hatte, ohne auf den Staat zu warten, allein mit privaten Spendern und Firmen das „Zentrum Lehrter Straße“, eine Anlaufstelle für Wohnungslose und Strafgefangene, errichtet.

Der preußische Hofprediger Adolf Stöcker war am Ende des 19. Jahrhunderts Leiter dieser Berliner Stadtmission – in einer Zeit also, als von einem Sozialstaat noch keine Rede war. Dorthin will der Bundespräsident wohl wieder zurück. Der barmherzige Neoliberale will einen Staat, der Hilfe nur für die wirklich Bedürftigen bereithält, und am besten ist, wenn diese auch noch durch Spenden privatisiert wird.

Der Bundespräsident im Auftrag der politischen und ökonomischen Klasse Horst Köhler hatte sich wenige Tage nach der großen Demonstration gegen den Sozialabbau am 1. November 2003 seine Sporen verdient. Der IWF mahnte unter Horst Köhler die Bundesregierung, nicht vor dem Druck der Straße zurückzuweichen: „Wir sind sehr erfreut über die deutsche Hinwendung zu strukturellen Reformen. Agenda 2010 ist ziemlich genau das, was wir vom IWF immer wieder gefordert haben. Besonders trifft das auf den Bereich des Arbeitsmarktes zu, in dem die Reformen des Arbeitslosengeldes und der Sozialhilfe eine sehr wichtige Maßnahme sind. Aber auch auf dem Gebiet der Gesundheits- und Rentenpolitik gibt es ein paar sehr, sehr gute Anfänge ... Die Arbeitsmarktreformen müssen über die Zukunft auch noch verbessert werden, insbesondere um die Arbeitslosen mehr dazu zu bringen, angebotene Jobs zu akzeptieren und beim ‚hiring and firing‘ mehr zu deregulieren.“

Hartz IV ist das größte Enteignungsprojekt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Der Verfassungsrichter Siegfried Broß stellt im „Tagesspiegel“ am 29. Juni 2004 fest: „Das Grundgesetz stellt einen

ganz engen Zusammenhang zwischen der Menschenwürde und dem Sozialstaat her ... Dieser Zusammenhang wird verletzt, wenn mindestens eine Million Arbeitslose auf einmal massiv schlechter gestellt werden, ohne dass ihnen der Staat adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten in Aussicht stellen kann.“

Die Grundidee kam als Verwaltungsreform daher: Es sei doch gut, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen. Doch hinter der Verwaltungsreform vollzog sich eine neoliberale Umdeutung. Jede Arbeit gilt nunmehr als zumutbar. Wer künftig arbeitslos ist, kann vom Staat keine Unterstützung mehr erwarten. Erst wird das Einkommen des Partners, der Partnerin angerechnet, dann die Lebensversicherung und das Häuschen verkauft. Hier kassiert der Staat privates Vermögen der kleinen Leute ein, die nichts dafür können, dass es kaum Arbeit gibt. Das Motto lautet: Wenn denn nur der Lohn schon gering genug ist, dann sind die Arbeitslosen auch bereit zur Aufnahme von Arbeit zu jedem Preis und um jeden Preis. Die Opfer werden zu Tätern.

Jetzt heißt es: Wenn schon Arbeitslosigkeit, dann wenigstens billiger. So kassiert man durch Hartz IV zur Haushaltssanierung 5 bis 7 Mrd. € bei denen da unten ein und schenkt den Vermögenden im Lande allein durch die Senkung des Spitzensteuersatzes im Dezember 2004 ca. 6 Mrd. €. Bis 2003 hatte der Staat bereits durch die Steuerreform auf Einnahmen in der Höhe von ca. 80 Mrd. € verzichtet – es waren Steuergeschenke für die Wirtschaft und die Vermögenden.

Ein heißer Herbst für Gerechtigkeit steht bevor.



Franz Segbers

Professor für Sozialethik, Universität Marburg